

4. / V 1918.

65

Warum der österreichische Reichsrat vertagt werden mußte.

Wie wir im Morgenblatt meldeten, ist der österreichische Reichsrat, der vor seinem Zusammentritt stand, bis zum 18. Juni vertagt worden. In einer amtlichen Wiener Begründung dieses Schrittes heißt es:

Wir stehen in der letzten, entscheidenden Phase des Krieges. Im Osten bedroht uns kein Feind mehr, aber es gilt, in festem, treuem Zusammenschlusse mit dem Deutschen Reiche und unseren anderen Verbündeten auch die übrigen Gegner zum Verzicht auf ihre feindseligen Absichten zu zwingen. In militärischer Beziehung dürfen wir stolz auf die bereits erzielten Erfolge zurückblicken. In wirtschaftlicher Hinsicht aber haben sich mit der langen Dauer des Kriegeszustandes naturgemäß die Schwierigkeiten immerfort gesteigert. Wir gehen jetzt durch die Zeit der ernstesten Prüfung. In der gegenwärtigen, hoffnungsreichen, aber schweren Zeit muß auch Oesterreich seine volle Kraft in den Dienst der großen Sache stellen. Alles muß unterbleiben, was die freie Betätigung dieser Kraft hindert. Immer wieder hemmt die Nachwirkung alter Streitfragen und das Hervortreten unerfüllbarer Zukunftswünsche die volle Verwertung der reichen staatlichen Energien. Die parlamentarischen Zwistigkeiten banden die Wirksamkeit der Regierung und behinderten sie in der Obforgen für die brennendsten Fragen der Wirtschaft. Die Regierung ließ es diesen Erscheinungen gegenüber nicht an Versuchen fehlen in inniger Gemeinschaft mit dem Reichsrate Wandel zu schaffen. Leider blieb der Erfolg bisher aus. Trotz einzelner aussichtsvoll scheinender Ansätze vermochte die Volksvertretung vorläufig noch nicht eine gefestigte Orientierung zu finden. Wie die Dinge liegen, würde momentan die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Reichsrates keineswegs eine Erleichterung der Lage mit sich bringen, sondern aller Voraussicht nach nur zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze führen. Zugleich würden die Schwierigkeiten des parlamentarischen Betriebes die Erfüllung jener wirtschaftlichen Aufgaben gefährden, von deren erfolgreicher Lösung gegenwärtig alles abhängt. Unter diesen Umständen ist auf Grund kaiserlicher Ermächtigung die Vertagung des Reichsrates erfolgt. Sie knüpft an die Verhandlungspause an, die beide Häuser bereits autonom haben eintreten lassen. Bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments, der nach ihrer festen Absicht sobald als nur irgend möglich, erfolgen soll, wird die Regierung ihre ganze Kraft den wirtschaftlichen Problemen der Zeit, vor allem den Aufgaben der Volksernährung, zuwenden. Sie wird es sich angelegen sein lassen, der Bevölkerung jede Erleichterung zu bieten, auf welche diese dank ihrer aufopfernden Haltung vollen Anspruch hat. Ihr Ziel ist und bleibt, das glorreiche alte Oesterreich aus den Stürmen des Krieges glücklich herauszuführen und ihm innerhalb der versöhnten Welt einen Platz zu sichern, auf dem es sich ruhmreich behaupten und kraftvoll entwickeln soll, als friedlicher, starker, treuer Hort für seine Völker und alle ihre Schichten.

*

Die Vertagung des österreichischen Reichsrates ist, wie aus dieser amtlichen Darstellung im einzelnen hervorgeht, ein Zeichen für die verworrene Lage, in der sich Oesterreich in innerpolitischer Richtung befindet. Die Vertagung war gegeben durch die Opposition, die die Tschechen und Südslawen gegenüber dem Ministerium Seidler seit einiger Zeit im verschärften Maße betrieben haben. Die Rede, die der Graf Czernin kurz vor seinem Rücktritt gegenüber den tschechischen Hochverräteren gehalten hatte, war schon ein Anzeichen dafür, daß man in Wien gegenüber den Vorgängen nicht mehr länger die Augen verschließen konnte und wollte und die Politik des Ministeriums Seidler zeigte in den letzten Wochen Ansätze, die Ansprüche der deutschen Partei zu befriedigen. Man wollte damit zugleich erreichen, daß sich im österreichischen Parlament eine Mehrheit ergäbe, auf die sich die Regierung gegenüber der Opposition der

Tschechen und Südslawen stützen konnte. Die Forderungen der Deutschen bezogen sich in Böhmen auf die Verwirklichung einer nationalen Zweiteilung durch die Errichtung von Kreishauptmannschaften, auf die Eindämmung der südslawischen Forderungen und auf die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest. Schon bei Bekanntwerden dieser Pläne hatten die Tschechen zwecks Einschüchterung der Regierung gedroht, daß sie jede parlamentarische Arbeit unmöglich machen würden, falls die Regierung den deutschen Parteien entgegenkommen sollte. Aus der heute früh mitgeteilten Rede des österreichischen Ministerpräsidenten geht hervor, daß die Wiener Regierung geneigt ist, auf einen Teil dieser Forderungen einzugehen. Die Regierung plant die Ernennung von Kreishauptleuten in national abgegrenzten Bezirken Böhmens, was als Vorbote der nationalen Abgrenzung in diesem österreichischen Kronlande anzusehen ist. Die Tschechen erhoben gegen diese Pläne der Regierung Protest und beteiligten sich bereits nicht mehr an der von der Regierung einberufenen Obmännerkonferenz. Unter diesen Umständen war an eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament nicht zu denken, zumal bei der oppositionellen Haltung der Tschechen und Südslawen gegenüber der den Tschechen zurzeit abgeneigten Regierung mit neuen Skandalen zu rechnen war. Welchen Umfang sie angenommen hätten, mag man an einer tschechischen Äußerung gegenüber Czernins Rede erkennen; das Blatt „Libove Noviny“ schrieb:

Man kann die große Zukunft des tschecho-slawischen Staates nicht vernichten, höchstens durch Ausrottung dieses Volkes bis zum letzten Mann und zum letzten Weib... Es gibt im tschechischen Volk keine Hochverräter... Wenn die staatsrechtliche tschechische Politik Hochverrat ist, dann ist das ganze tschechische Volk und die große Mehrheit dieses Reiches hochverräterisch. Das ganze Volk ist bereit, den Schimpfnamen Hochverräter mit dem Stolz der vlamischen Geusen als Ehrennamen anzunehmen. Zehn Millionen Hochverräter bilden dem Grafen Czernin fest in die Augen und allen Czernina, so viele es ihrer in diesem und außerhalb dieses Reiches gibt. Es ist auf alles vorbereitet und zu allem entschlossen. Alles ist möglich, auf alles ist man gefaßt. Nur das ein ist nicht möglich: Daß wir uns selbst verraten!

Ein anderes Tschechenblatt, „Venkov“, sagte zur Rede Czernins:

Wegen der Warnung für die Zukunft müssen wir jedermann sagen, daß wir ähnliche Ausfälle, die das ganze Volk beleidigen, niemals und von niemandem dulden werden. Ein so reifes Volk, wie das unsere, muß seine Selbständigkeit erreichen, und wer sich in welcher Art immer zum Widerstande gegen seine gerechten Bestrebungen stellt, ist sein Feind. Und dem Feinde geben wir kein Pardon.

Angesichts dieser Entwicklung, die das innerpolitische Leben in Oesterreich genommen hat und weiter zu nehmen drohte, wäre es Selbstmord der Wiener Regierung gewesen, im jetzigen Augenblick wirtschaftlicher Schwierigkeiten das Parlament zusammentreten zu lassen. Dem feindslichen Auslande durfte dieses Schauspiel nicht geboten werden, durch das der Kriegswille der Gegner nur neu gestärkt und wodurch die auf den Frieden gerichtete Außenpolitik Oesterreich-Ungarns durchkreuzt worden wäre.